

Kurzbericht

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung
(11. - öffentliche - Sitzung am 7. November 2013)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014 - HG 2014)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/400](#)
- b) **Mittelfristige Planung Niedersachsen 2013 - 2017**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 17/508](#)

*Der Ausschuss behandelte den **Einzelplan 02 - Staatskanzlei** -, das in seinem Zuständigkeitsbereich liegende **Kapitel 03 02 Titelgruppe 77 / 78 - Zentraler Betrieb der Informations- und Kommunikationstechnik** - und **79 - Maßnahmen der Informations- und Kommunikationstechnik** -- aus dem **Einzelplan 03 - Ministerium für Inneres und Sport** -, das **Kapitel 50 81 Titelgruppe 66 - Förderung der Medienwirtschaft** - aus dem **Einzelplan 08** und das **Kapitel 20 11 - Allg. Hochbauangelegenheiten** aus dem **Einzelplan 20**. Er nahm die Einbringung durch Staatssekretärin Honé entgegen und führte darüber die Allgemeine Aussprache sowie die Einzelberatung durch.*

2. **Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA - Interessen Niedersachsens wahren, europäische Standards sichern**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/458](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags fort.

3. **Für ein partnerschaftliches Handeln - Einführung entwicklungspolitischer Leitlinien für das Land Niedersachsen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/827](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags.

4. **Besprechung der geplanten Anhörung zum Thema „Freizügigkeitsrichtlinie, dadurch drohende Armutsmigration und deren Folgen für die Kommunen“**

Der Ausschuss einigte sich auf die genaue Formulierung des Anhörungsthemas, den Kreis der Anzuhörenden und den Anhörungstermin

5. **Besprechung der weiteren Vorgehensweise der Landtage in EU-Angelegenheiten**

Die Fraktionen sagten zu, sich intern über Einzelheiten zu verständigen und auf die Ausschussvorsitzende zuzukommen.

6. **Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Festlegung der evtl. Unterrichtungen durch die Landesregierung zu den dem Ausschuss mit Schreiben der Landtagsverwaltung bis Sitzungsbeginn überwiesenen EU-Vorlagen

Der Ausschuss bat um schriftliche Unterrichtung über die Bundesratsdrucksache 746/13 - Vorschlag für einen Beschluss des Rates über einen Dreigliedrigen Sozialgipfel für Wachstum und Beschäftigung.